Änderung des Flächennutzungsplans und des Landschaftsplans der Stadt Mainburg jeweils mit Deckbl.-Nr. 144 für den Bereich SO "Photovoltaik-Freiflächenanlage Meilenhausen II Erweiterung" und Aufstellung des Bebauungs- und Grünordnungsplans SO "Photovoltaik-Freiflächenanlage Meilenhausen II Erweiterung";
Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange

Abstimmung:

Beschluss:

I. Unterrichtung der Öffentlichkeit

Die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgte mit Auslegung der Entwurfsfassung im Zeitraum vom 21.06.2022 bis 26.07.2022.

II. Beteiligung der Behörden

Die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange fand in der Zeit vom 21.06.2022 bis 26.07.2022 statt. Das Ergebnis des Verfahrens lässt sich wie folgt zusammenfassen:

1. Folgende Fachstellen haben keine Stellungnahme abgegeben:

- Amt für Breitband, Digitalisierung und Vermessung (FNP, LP)
- Bund Naturschutz in Bayern e.V. (FNP, LP, BBP)
- Erdgas Südbayern GmbH (FNP, LP, BBP)
- Landesbund für Vogelschutz e.V. (FNP, LP, BBP)
- Wasserwirtschaftsamt Landshut (FNP, LP, BBP)
- Deutschen Telekom GmbH (FNP, LP, BBP)
- Bayerischer Bauernverband (FNP, LP, BBP)
- Bayernwerk AG (FNP, LP, BBP)
- Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege (FNP, LP, BBP)
- Amt für Ländliche Entwicklung (FNP, LP)
- Autobahn GmbH des Bundes (FNP, LP)
- Energienetze Bayern GmbH (FNP, LP)
- Handwerkskammer Niederbayern / Oberpfalz (FNP, LP)
- Bayerisches Landesamt für Umwelt (FNP, LP)
- Verwaltungsgemeinschaft Mainburg (FNP, LP)
- Kreisheimatpflegerin (FNP, LP, BBP)
- Markt Wolnzach (FNP, LP, BBP)

Somit wird von diesen Fachstellen Einverständnis mit der Planung angenommen.

2. Keine Bedenken wurden von folgenden Fachstellen vorgebracht:

- IHK Regensburg für Oberpfalz / Kelheim (FNP, LP, BBP), E-Mail vom 27.06.2022
- Landratsamt Kelheim Bauplanungsrecht, Staatliches Abfallrecht, Immissionsschutz, Städtebau und Kreisbrandrat (BBP), Schreiben vom 19.07.2022
- Landratsamt Kelheim Naturschutz, Immissionsschutz, Städtebau und Bauplanungsrecht (FNP, LP), Schreiben vom 19.07.2022
- Regionaler Planungsverband (FNP, LP, BBP), Schreiben vom 13.06.2022
- Vodafone GmbH / Kabel Deutschland GmbH (FNP, LP, BBP), E-Mail vom 24.06.2022

- Handwerkskammer Niederbayern / Oberpfalz (FNP, LP, BBP), Schreiben vom 13.07.22
- Autobahn GmbH des Bundes (FNP, LP, BBP), Schreiben vom 05.07.2022
- Stadt Geisenfeld (FNP, LP, BBP), Schreiben vom 07.06.2022
- Verwaltungsgemeinschaft Mainburg (FNP, LP, BBP), Schreiben vom 29.06.2022
- Amt für Digitalisierung, Breitband u. Vermessung Abensberg (BBP), E-Mail v. 20.06.2022
- Amt für Ländliche Entwicklung (BBP), E-Mail vom 13.06.2022
- Energienetze Bayern GmbH (BBP), E-Mail vom 10.06.2022
- Regierung von Niederbayern (FNP, LP, BBP), Schreiben vom 09.06.2022

3. Nachfolgende Fachstellen haben Einwände und Auflagen formuliert:

3.1 Landratsamt Kelheim (BBP), Schreiben vom 19.07.2022

Belange des Straßenverkehrsrechts

Die geplante PV-Anlage wird über Flurwege erschlossen. Eine klassifizierte Straße (Bundes-, Staats- oder Kreisstraße) ist nicht unmittelbar betroffen.

Die untere Straßenverkehrsbehörde ist hiervon nicht betroffen.

Allerdings ist darauf zu achten, dass eine Blendwirkung auf die Verkehrsteilnehmer entlang der Autobahn A 93 vermieden wird.

- Mit 10 : 0 Stimmen -

Beschluss:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Belange des Naturschutzes

Aus naturschutzfachlicher Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Planung. Die Hinweise aus dem Vorentwurfsverfahren wurden weitestgehend beachtet. Wir bitten, die folgenden Hinweise im weiteren Verfahren zu beachten:

1. Vermeidungsmaßnahmen:
In der Begründung wird unter Nr. 8 die „Pflanzung einer mehrreihigen Strauchhecke entlang der nordwestlichen Grundstücksgrenze“ aufgeführt. Im Nordwesten der Erweiterungsfläche befindet sich jedoch Wald bzw. die bestehende PV-Anlage. Wir bitten, den Sachverhalt zu prüfen.
2. Dingliche Sicherung:
Nach dem aktualisierten Leitfaden „Bauen im Einklang“ (BayStM Wohnen, Bau und Verkehr, Dezember 2021) ergeben sich Änderungen hinsichtlich der dinglichen Sicherung. Demnach ist eine gesonderte Sicherung nicht mehr erforderlich, wenn die Flächen im Eigentum der Gemeinde sind oder durch Festsetzungen in einem Bebauungsplan gesichert sind. Falls eine Sicherung erforderlich wird, ist sie nicht mehr zugunsten des Freistaats Bayern, sondern zugunsten der Gemeinde vorzunehmen, der die Kontrolle der Maßnahmen obliegt.

- Mit 10 : 0 Stimmen -

Beschluss:

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und in die Unterlagen eingearbeitet.

3.2 Landratsamt Kelheim (FNP, LP) Schreiben vom 19.07.2022

Belange des staatlichen Abfallrechts

Im Geltungsbereich der vorgenannten Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes ist beim Landratsamt Kelheim, staatliches Abfallrecht, keine Altlastenverdachtsfläche, Altlast bekannt. Diese Feststellung bestätigt nicht, dass die Flächen frei von jeglichen Altlasten oder schädlichen Bodenverunreinigungen sind.

ungen sind. Durch die Jahrzehnte lange Nutzung kann es auf einzelnen Bereichen zu einer schädlichen Bodenverunreinigung, Auffüllungen oder Ablagerungen gekommen sein. Bodenverunreinigungen sind dem Landratsamt Kelheim, Sachgebiet Wasserrecht, Staatl. Abfallrecht, Bodenschutzrecht, zu melden. Hinsichtlich Kampfmittel liegen beim Landratsamt Kelheim keine Hinweise, jedoch auch keine auswertbaren Unterlagen vor.

- Mit 10 : 0 Stimmen -

Beschluss:

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

3.3 Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BBP), E-Mail vom 23.06.2022

Der vorliegende Entwurf des Bebauungs- und Grünordnungsplans zum SO „PV-Freiflächenanlage Meilenhausen II Erweiterung“ entspricht in Ausdehnung und Ausführung weitgehend der Beschreibung des Vorentwurfs vom April 2022. Es hat sich somit in Bezug auf unsere Beurteilung keine Änderung ergeben und wir verweisen auf unsere Stellungnahme zum Vorentwurf (Schreiben vom 13.04.2022). Insbesondere weisen wir nochmals darauf hin, dass aus unserer Sicht die zusätzliche Inanspruchnahme von Ausgleichsfläche auf der separaten Fl.-Nr. 341 nicht notwendig ist und eine zusätzliche Erschwernis in agrarstruktureller Hinsicht darstellt.

- Mit 10 : 0 Stimmen -

Beschluss:

Die Stadt nimmt den Hinweis zur Kenntnis.

Der Ausgleichsfaktor wird von der UNB Kelheim bestimmt und ist in Bezug auf die Anlagengröße und Anordnung der Module korrekt festgelegt.

3.4 Zweckverband Wasserversorgung Hallertau (BBP), Schreiben vom 23.06.2022

Der BBP/GOP SO „PV-Freiflächenanlage Meilenhausen II Erweiterung“ ist dem Zweckverband mit Schreiben vom 23.06.2022 zur Stellungnahme vorgelegt worden. Hiermit erhalten Sie fristgerecht zum 27.07.2022 die Stellungnahme bezüglich des BBP/GOP SO „PV-Freiflächenanlage Meilenhausen II Erweiterung“.

Erschließung und Erschließungskosten:

Wie aus beiliegendem Plan ersichtlich ist, ist das Flurstück 351 der Gemarkung Oberempfenbach nicht durch eine Versorgungsleitung erschlossen. Im Falle einer geplanten Erschließung des oben genannten Vorhabens muss der Zweckverband Wasserversorgung Hallertau rechtzeitig in die Planungsgespräche eingebunden werden, um ausreichend Handlungsspielraum für die Planung, Ausschreibung und Ausführung zu erhalten. Als wesentliche Vorgänge sind das Verlegen der Leitung, die Bakteriologische- und Dichtheitsprüfung, das anschließende Einbinden der Leitung in den Bestand sowie das Erstellen der Hausanschlüsse zu sehen.

Gemäß dem beiliegenden Lageplan ist der Verlauf der Versorgungs- und Hausanschlussleitungen des Zweckverbandes Wasserversorgung Hallertau ersichtlich. Dem Zweckverband ist nach Bekanntmachung des BBP/GOP SO „PV-Freiflächenanlage Meilenhausen II Erweiterung“ eine rechtskräftige Ausfertigung (bevorzugt in digitaler Form) zu übersenden.

- Mit 10 : 0 Stimmen -

Beschluss:

Ein Wasseranschluss ist nicht vorgesehen.

3.5 Bayerisches Landesamt für Umwelt (BBU), Schreiben vom 01.08.2022

Mit E-Mail vom 04.06.2022 geben Sie dem Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen der o.g. Planänderung.

Als Landesfachbehörde befassen wir uns v. a. mit umweltbezogenen Fachfragen bei Planungen und Projekten mit überregionaler und landesweiter Bedeutung, mit Grundsatzfragen von besonderem Gewicht sowie solchen Fachbelangen, die von örtlichen oder regionalen Fachstellen derzeit nicht abgedeckt werden (z. B. Rohstoffgeologie, Geotopschutz, Geogefahren).

Die o.g. vom LfU zu vertretenden Belange werden nicht berührt bzw. wurden ausreichend berücksichtigt. Bei der Planung der Anlage sollten die Empfehlungen des „Praxis-Leitfaden für die ökologische Gestaltung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen“ des LfU berücksichtigt werden.

Der Leitfaden zeigt, wie man PV-Freiflächenanlagen so in die Landschaft einbindet, dass sie nicht störend wirken. Es werden Gestaltungsmöglichkeiten aufgezeigt, um auch positive Aspekte für Flora und Fauna zu erzielen. Dieser Praxis-Leitfaden wird gerade in Teilen fortgeschrieben. Anlass dafür ist das Rundschreiben „Bau- und landesplanerische Behandlung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen“ des StMB vom 10.12.2021, in dem z.B. hinsichtlich Standortkriterien und Abarbeitung der Eingriffsregelung die aktuellen Rechtsgrundlagen und Empfehlungen zusammengestellt sind. Beide Handreichungen stehen unter <https://www.energieatlas.bayern.de/energieatlas/neu/39.html> als Download zur Verfügung und bieten sowohl praxisnahe Anregungen als auch umfassende Informationen.

Zu den örtlich und regional zu vertretenden Belangen des Naturschutzes, der Landschaftspflege und des technischen Umweltschutzes verweisen wir auf die Stellungnahmen des Landratsamtes Kelheim (Untere Naturschutzbehörde und Untere Immissionsschutzbehörde).

Die Belange der Wasserwirtschaft und des vorsorgenden Bodenschutzes werden vom Wasserwirtschaftsamt Landshut wahrgenommen.

Diese Stellen beraten wir bei besonderem fachspezifischem Klärungsbedarf im Einzelfall.

- Mit 10 : 0 Stimmen -

Beschluss:

Die Stadt nimmt die Hinweise zur Kenntnis.

Die genannten Fachstellen wurden gefragt und der Praxisleitfaden ist bekannt.